

Nach der Odyssee von Haushaltsberatungen, die für uns im Januar 2006 begannen, sind wir heute am Ende unserer „Irrfahrt“ angekommen. Der Fahrplan für den Etat 2006 sah einmal wie folgt aus:

- Der neue Haushaltsplanentwurf der Stadt für 2006 sollte Anfang bis Mitte Januar 2006 zunächst in den sechs Ratsfraktionen beraten werden. Ebenso der Stellenplan der Verwaltung.
- Anschließend war die Beratung in den Fachausschüssen vorgesehen, in der Zeit vom 17. Januar bis 8. Februar.
- Die Beratungen in den Fachausschüssen wurden dann um einen Monat verschoben, weil die verwaltungsinterne HSK-Gruppe, die weitere Einsparungsvorschläge machen sollte, noch nicht getagt hatte.
- Der Hauptausschuss am 20. Februar fand statt, ebenso die Verabschiedung des Etats am 6. März.
- Am 6. Januar hatte der AGV angesichts des riesigen 22,3 Millionendefizits im städtischen Haushalt signalisiert, dass er eine maßvolle Erhöhung des Hebesatzes um 8 %-Punkte von derzeit 432 auf 440 v.H. akzeptieren würde.
- Schon am 10. Januar forderte die AfL, das Angebot des Arbeitgeberverbandes anzunehmen. Mit Blick auf andere Städte vergleichbarer Größe waren wir und sind der Meinung, dass, da von 46 Städten in NRW zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern nur 25 niedrigere Gewerbesteuersätze als Lüdenscheid haben, diese Lösung zu empfehlen ist.
- Die Gefahr, dass höhere Gewerbesteuern zu weiterer Abwanderung von Firmen führt, sehen wir nicht.
- Als nächste erschien das 515 Seiten umfassende Zahlenwerk der HSK-Gruppe. Dieser sollte im BOFI durchgearbeitet werden. Die Parteien sahen sich aber außerstande, diese umfangreiche Werk,

dass in Teilen auch höchst obsoletere Vorschläge beinhaltetete, bis zum 3. April abzusegnen.

- Im Sportausschuss am 25. April, legte die FDP kurzfristig einen Antrag vor, der von der CDU unterstützt wurde. Für die einzelnen Ämter der Stadtverwaltung sollte ein jeweils amtbezogenes Ausgabenbudget festgestellt werden. Mit einer solchen Budgetierung wollten die beiden Parteien bereits für das laufende Jahr eine Vereinfachung der Verwaltung erreichen.
- Die amtbezogenen Ausgabenbudgets für den Verwaltungshaushalt 2006 sollten den Antrag zufolge in Höhe des Jahresrechnungsergebnisses 2005 festgesetzt werden – abzüglich der Kürzungen, die die Verwaltung in ihren Sparlisten bereits vorgeschlagen hatte.
- Es ging in die zweite Runde: Kulturausschuss
- Der Kulturausschuss fand eine Tag später statt: 26. April
- Im Kulturausschuss beantragte die FDP, unterstützt von der CDU und der LL für die dem Kulturausschuss zugeordneten Ämter ein jeweils amtbezogenes Zuschussbudget (Nicht Ausgabenbudget), bezogen auf den Verwaltungshaushalt 2006 in Höhe des Jahresrechnungsergebnisses des Rechnungsjahres 2005 mit einer 10% Haushaltssperre festzusetzen.
- Die Verwirrung war komplett.
- In Folge tagten verschiedenen Fachausschüsse, in denen der Antrag – immer wieder modifiziert – diskutiert wurde.
- Am 3. Mai wurde der Antrag im JHA abgelehnt.
- Am 4. Mai wurde der Antrag im Schulausschuss angenommen.
- Am 9. Mai wurde der Antrag im Sozial- und Seniorenausschuss angenommen

- Am 18.Mai kam dann im BOFI die 59-seitige Änderungsliste. Unterschiedliche Beschlüsse in den einzelnen Fachausschüssen, mündliche Ergänzungen zu Beschlüssen und immer neue Forderungen nach Haushaltssperren und Sparlisten hatten die Situation bis dato nicht übersichtlicher gemacht. In der BOFI-Sitzung prallten die Meinungen dann wieder aufeinander mit gegenseitigen Schuldzuweisungen. Politik – Verwaltung, Verwaltung – Politik.

- Neben diesen Fachausschusssitzungen führten die Parteien natürlich ihre Fraktionssitzungen durch. Auch hier sahen sich die Mitglieder immer neuen Zahlen und Listen gegenüber. Der „normale“ Lüdenscheider Bürger bzw. Bürgerin verstand schon lange nicht mehr, um was es eigentlich ging. Frei nach Reinhard May: Ich beantrage einen Antrag zur Erteilung eines Antragsformulars zur Bestätigung der Nichtigkeit des Durchschriftexemplars....

- Zur Erhöhung der Grundsteuer B ist folgendes zu sagen:

- Der Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung hat in seiner Sitzung am 18. Mai 2006 mit knapper Mehrheit beschlossen, keinerlei Steuererhöhungen zu beschließen.

- Der Kämmerer wies in seinem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass nach dem Erlass des Innenministers vom 5. Januar 2006 (Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten Ziffer I 10 des Hebesatzes der Realsteuern (Grundsteuern und Gewerbesteuern) bezogen auf die Gemeindegroßenklasse mindestens in Höhe des jeweiligen Landesdurchschnitts festgesetzt sein müssen.

- Das bedeutet für die Stadt Lüdenscheid eine Erhöhung der Grundsteuer B um 15 %-Punkte auf 413 v.H., aber keine Erhöhung der Gewerbesteuer.

- Diese gesetzliche Grundlage liegt für Lüdenscheid vor.

- Obwohl – gegen jede gesetzliche Grundlage – ist die AfL der Meinung, dass die Grundsteuer B nicht erhöht werden sollte. Die Lüdenscheider Haushalte sind aufgrund steigender Nebenkosten,

Energiekosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr, möglicher Wegfall der Pendlerpauschale, Kürzungen beim Kindergeld, anteilige Versteuerung der Renten usw. schon genug belastet.

- Etwaige Disziplinarmaßnahmen aus Arnberg müssen in Kauf genommen werden.
- Da die Gewerbesteuer – nach Meinung der CDU, FDP und LL – nicht erhöht werden soll, ist es unsere Absicht nach ein falsches Signal, nur den sogenannten „kleine Mann“ zu belasten.
- Wir haben die Ausführungen des Kämmerers mit großen Ernst zur Kenntnis genommen. Die AfL war und ist allerdings immer der Meinung, dass breite Schultern - sprich die Arbeitgeber – mehr tragen können als schmale – sprich die Arbeitnehmer.
- Wir hoffe, dass sich die weitere Finanzlage der Stadt in den nächsten Jahren verbessern wird und uns allen eine solche Irrfahrt wie in diesem Jahr erspart bleibt.